

DGB: Geschäftsbericht 2005-2009. Region Bergisch Land, Wuppertal: DGB August 2009, S. 36-39

8.4. DGB-Kreisverband Solingen

Unter Vorsitz des Kollegen **Jörg Becker** arbeiteten die nachstehenden Personen im DGB-Kreisvorstand zeitversetzt mit: **Werner Böwing** (IG Bau), **Eckehardt Vogt** (GEW), **Dieter Keller** (ver.di), **Werner Wildhirt** (ver.di), **Wolfgang Mehla** (IGM) und **Harry Schulz** (GdP). An den fünf- bis sechsmaligen Vorstandssitzungen pro Jahr nahmen häufig auch **Jürgen Krause**, Geschäftsführer des Ver.di-Bezirks Rhein-Wupper, und **Hans Peters**, DGB-Regionsvorsitzender und stellvertretende Vorstandsmitglieder wie **Angelika Witoch** (GEW), **Antje Eichhorst-Lüttgens** (Ver.di) und **Jürgen Wiegand** (IGM) teil. Der Solinger DGB-Kreisvorstand entwickelte in seiner insgesamt Amtszeit nach außen eine beachtenswerte Dynamik auf allen Ebenen der Politik und schaffte es gewerkschaftsintern, eine höchst kollegiale, vertrauensvolle, effektive Form der Kommunikation zwischen den Kollegen und Kolleginnen der verschiedenen Einzelgewerkschaften aufzubauen.

Getragen von dem Gedanken einer strikten und gleichmäßigen Distanz zur Parteipolitik der beiden großen Volksparteien CDU und SPD hatte Prof. Dr. Jörg Becker schon bei seiner Amtsübernahme erklärt, er wolle in den Mittelpunkt seiner Amtsperiode den politischen Kampf gegen Privatisierungsvorhaben der Stadt Solingen stellen.

Dazu gründete sich unter bewusster und aktiver Beteiligung vieler DGB-Vorstandskollegen und vieler weiterer Gewerkschaftsmitglieder Anfang 2006 eine Bürgerinitiative unter dem Namen „Solingen gehört uns“.

In einem größeren Kreis von rund 80 und in einem kleineren Kreis von rund 20 politisch aktiven Männern und Frauen gelang es der Bürgerinitiative, ein großes und Partei übergreifendes Bündnis sozial engagierter, kritischer und politischer wacher Menschen aufzubauen, an deren lauter Stimme in Solingen nicht mehr so ohne Weiteres vorbei regiert und gearbeitet werden kann.

Nachdem die Bürgerinitiative nach rund einem Jahr Aufklärungsarbeit auf den Straßen Solingens gut 8.000 Unterschriften für einen Bürgerbegehren gegen Privatisierungsvorhaben der Stadt Solingen zusammen tragen konnte, wurde das Bürgerbegehren durch den Rat der Stadt Solingen im Herbst 2008 juristisch gestoppt.

Stoppen konnten die Ratsmitglieder allerdings nicht die in Solingen nach wie vor anhaltende Diskussion darüber, wie sinnvoll die Privatisierung kommunaler Einrichtungen und Dienstleitungen durch die Solinger Stadtverwaltung ist. Sogar die beiden Solinger Tageszeitungen hatten die Arbeit der Bürgerinitiative größtenteils wohlwollend begleitet.

Neben der Aufklärungsarbeit auf der Straße standen und stehen vielfältige Vorträge mit auswärtigen Referenten, vornehmlich zu den kommunalpolitischen Themen der Bürgerinitiative, im sichtbaren Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit des DGB.

Viele Vorträge wurden in Kooperation mit der Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“, dem mit ihr kooperierenden Verein zur Erhaltung und Förderung der kommunalen Daseinsvorsorge e. V., der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Solingen (ACK), dem Katholischen Bildungswerk Region Wuppertal/Solingen/Remscheid, dem privaten Veranstaltungstreff „Salon 122“ und in einem Fall auch mit der Solinger Ortsgruppe der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) durchgeführt.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier die folgenden Vorträge aufgelistet:

- **Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach** (Hochschule St. Georgen, Frankfurt), „Privatisierung städtischen Eigentums“ im März 2007,
- **Bernd Wagner** (IG BCE, Freiburg) „Kommunale Enteignung – Nein Danke!“ am 3. September 2007,
- **Ralf Rogge** (Stadtarchiv, Solingen) „Historische Aspekte kommunaler Infrastruktur in Solingen“ am 14. November 2007,
- **Filmvorführung „Der große Ausverkauf“** im Cinemaxx am 21. November 2007,
- **Prof. Dr. Julian Roberts** (Anwaltskanzlei Rössner, München) „Wie legen Städte das Geld ihrer Bürger an? Sind Verluste aus kommunalen Finanzgeschäften ein unabwendbares Schicksal?“ am 17. Dezember 2007,
- **Dr. Werner Rügemer** (Köln) „Public Private Partnership“ – eine teure Mogelpackung?“ am 7. April 2008,
- **Dipl.-Ing. Rolf Junker** (Junker & Kruse, Dortmund) „Einkaufscenter – Publikumsmagneten oder Angriff auf die City?“ am 27. Mai 2008,
- **Dr. Andreas Mylaeus** (Anwaltskanzlei Schwarz-Kelwing-Wicke-Westpfahl, München) und **Dr. Werner Rügemer** (Köln) „Was steht in den geheimen Rathausakten?“ am 2. Juni 2008,
- **Dr. Andreas Mylaeus** (Anwaltskanzlei Schwarz-Kelwing-Wicke-Westpfahl, München) und **Dr. Hans-Joachim Voges** (Anwaltskanzlei Voges, Köln) „Die Wettbewerbswidrigkeit der Rathausverträge“ am 14. Oktober 2008,
- **Pfarrer Franz Meurer** (St. Theodor und St. Elisabeth, Köln) „Armut in Deutschland“ am 4. November 2008,
- **Ernest Kaltenecker**, MdL (KPÖ, Graz, Österreich) „Erfolgreicher kommunaler Wohnungsbau in Graz“ am 24. November 2008,
- **Nils Böhlke** (Hans Böckler-Stiftung, Düsseldorf) „Privatisierung von Krankenhäusern“ am 1. Dezember 2008,
- **Reinhard Koradi** (Dietlikon, Schweiz) „Alternativmodell Genossenschaften?“ am 15. Dezember 2008,
- **Prof. Dr. Ueli Mäder** (Universität Basel, Schweiz) „Rentners Zukunft: Altersarmut?“ am 20. Februar 2009,
- **Prof. Dr. Gerhard Bäcker** (Universität Dortmund) „Rentenarmut – politisch gewollt?“ am 10. März 2009,
- **Jürgen Wagner** (Informationsstelle Militarisierung, Tübingen) „60 Jahre NATO – (k)ein Grund zum Feiern?“ am 22. Juni 2009 und
- **Dr. Werner Rügemer** (Köln) „Wie können privatisierte Einrichtungen wieder kommunal werden?“ am 29. Juni 2009.

Zwischen 35 und 120 Zuhörer kamen pro Vortrag – fast die Utopie einer kostenlosen alternativen Volksuniversität für alle!

Mit einem Festvortrag des Kollegen **Prof. Dr. Jörg Becker** erinnerte der DGB-Kreisverband am 25. Mai 2009 an das 60jährige Bestehen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und an das ebenfalls 60 Jahre alte Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Der vielbeachtete Vortrag zum Grundgesetz, den Becker posthum seinem Mentor **Prof. Dr. Wolfgang Abendroth** widmete, beschäftigte sich in seinem Kern einem Grundgesetzgedanken, der eine stärkere Beteiligung und Mitwirkung der Bürger fordert und bewirkt. Das Grundgesetz, in seinem Kern antifaschistisch, verlangt einen aktiven Staat und nicht einen, den die Parteien als ihren ansehen. In seiner Begrüßung erinnerte der Regionsvorsitzende **Hans Peters** an ein Aussperrungsverbot, wie es ursprünglich durch den Parlamentarischen Rat vorgesehen, aber

aus verschiedenen Gründen nicht Eingang in den Grundgesetztext fand. In seinem Grußwort erinnerte der Solinger **Oberbürgermeisters Franz Haug**, daran, daß dieses Grundgesetz aus seiner Sicht die freiheitlichste Verfassung, die eine deutscher Staat jemals hatte. Gleichzeitig unterstrich er in seinen Worten den Dank an den DGB, der zu dieser einzigartigen Veranstaltung eingeladen hatte.

Neben der Kooperation mit der Bürgerinitiative standen einige neue Aktivitäten rund um die jährlichen 1. Mai-Feiern im Mittelpunkt der Arbeit des Kreisvorstandes. Nach durchaus nicht einfachen Vorausgesprächen und vielfältigen Kontakten fand am 1. Mai 2004 in der evangelischen Luther-Kirche der erste ökumenische 1.-Mai-Gottesdienst kurz vor dem traditionellen 1. Mai-Umzug unter evangelischer, katholischer, evangelisch-methodistischer und DGB-Beteiligung statt. Inzwischen ist dieser Gottesdienst zu einer festen Tradition geworden. Zu einer gleichermaßen Tradition wurde inzwischen auch eine gemeinsame 1. Mai-Gebetsandacht von DGB und Moschee des Islamischen Kulturvereins, die – bundesweit erstmalig – zum ersten Mal am 1. Mai 2007 stattfand.

Außerdem unterstützt der DGB-Kreisverband Solingen einen Antrag der Solinger Ortsgruppe der VVN/BdA an den Rat der Stadt Solingen, zu Ehren des verstorbenen Antifaschisten Karl Bennert 2010 eine Tafel vor dem Rathaus in Solingen-Wald anzubringen. In dem Text soll auf die Persönlichkeit Karl Bennerts und die von ihm geleitete Antifa-Gruppe hingewiesen werden, der es zu verdanken ist, dass in Solingen-Wald vor dem Einrücken der US-amerikanischen Streitkräfte im April 1945 an den Gebäuden weiße Fahnen zum Zeichen der Kapitulation gehisst wurden und somit eine Zerstörung von Solingen-Wald verhindert wurde.

Rückblickend kann auf eine erfolgreiche vierjährige Arbeit festgehalten werden, dass sich der DGB in Solingen eine beachtenswerte politische Stellung in der Kommunalpolitik erarbeitet hat und dass man ihn ernst nimmt – keinesfalls selbstverständlich in so schwierigen Zeiten.